

## **Der G20-Gipfel und die Herausforderungen für DIE LINKE.**

*Ein Diskussionsbeitrag von Florian Wilde.*

Wenn Anfang Juli die Staatschefs der führenden Industrie- und Schwellenländer zum G20-Gipfel in Hamburg zusammenkommen, dürften sie dort von einem der größten Gipfelproteste der deutschen Geschichte empfangen werden. Ein breites Bündnis hat sich bereits formiert, das von Kirchengruppen und entwicklungspolitischen Initiativen über Grüne und LINKE bis zu autonomen Gruppen reicht. Die bisherigen Schätzungen des Protestbündnisses gegen den G20-Gipfel wie auch der Polizei liegen zwischen 60.000 und 100.000 erwarteten Teilnehmern alleine bei der für den 8.7. geplanten Großdemonstration. Sollte sich die weltpolitische Lage in den kommenden Monaten in einem Tempo verschärfen, wie es sich seit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump abzeichnet, scheinen auch deutlich höhere Teilnehmerzahlen keineswegs ausgeschlossen.

Für den Tag vor der Großdemo ist ein Aktionstag des zivilen Ungehorsams gegen den Gipfel in Vorbereitung, sowie für den 5./6.7. ein Alternativgipfel mit VertreterInnen aus Bewegungen, Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft. Namhafte NGO's diskutieren außerdem eine Großaktion in Hamburg für den 2.7.

### **Der Protest**

In Mitten einer politischen Situation, die immer stärker von einer Polarisierung zwischen neoliberaler Mitte und autoritären Rechtspopulisten gekennzeichnet ist und in der linke Alternativen gegenwärtig kaum auftauchen, bietet der G20 eine wichtige Gelegenheit, diese Polarisierung von links zu durchbrechen und eigene, solidarische Alternativen sichtbar zu machen.

Der Hamburger Gipfelprotest wird dabei keinesfalls nur in Deutschland wahrgenommen werden: Anfang Juli werden die Kameras der Welt auf die Hansestadt gerichtet sein. Ein massenhafter und erfolgreicher Gipfelprotest wird daher die Existenz einer antikapitalistischen Linken und eines alternativen gesellschaftlichen Pols weltweit sichtbar machen. Gleichzeitig hat der in den beginnenden Bundestagswahlkampf fallende Gipfel für die deutsche Linke und insbesondere die Linkspartei eine besondere Bedeutung: die AfD wird in dieser Frage kaum eine Rolle spielen, während sich der LINKEN die Chance bietet, ihre Alternativen sichtbar zu machen und eigene Themen in den Wahlkampf zu tragen. Auch auf die Frage, wer tatsächlich gegen das Establishment kämpft, wird in Hamburg eine deutliche Antwort gegeben werden: dieser Kampf wird von links geführt.

### **Die G20**

Bereits 1999 gegründet, dümpelten die G20 lange Zeit im Fahrwasser der mächtigeren G8 vor sich hin. Erst 2008 fand in Reaktion auf die Finanzkrise ein erster Gipfel der Zwanzig statt. Diese Aufwertung der G20 steht für die notgedrungene Anerkennung einer zunehmend multipolaren Weltordnung auch durch die Mitglieder des exklusiven G8-Clubs – und zugleich für den Versuch einer stärkeren Einbeziehung des globalen Südens ins neoliberale *global governance*. Auch wenn die formelle Repräsentativität nun deutlich höher ist als bei den G8, haben beide Veranstaltungen keine völkerrechtliche Grundlage. Beide halten die UN aus der Weltwirtschaftspolitik heraus.

Nach der Finanzkrise 2008 spielten die G20 eine wichtige Rolle, den angeschlagenen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu retten: durch eine Stabilisierung der Märkte Mittels billigen Geldes, die Rettung der Banken durch die Steuerzahler und durch eine Verteidigung der Freihandelspolitik.

Insgesamt stehen die G20 für den Versuch, den neoliberalen Kapitalismus zu stabilisieren und gleichzeitig auf breitere Füße zu stellen und dadurch neu zu legitimieren. Auch als Reaktion auf die Finanzkrise und den Vertrauensverlust des Neoliberalismus soll eine neue globale Herrschaftsform gefunden werden, die integrativer wirkt: Durch eine stärkere Einbeziehung des globalen Südens und der Zivilgesellschaft (etwa durch die sogenannten C20-Prozesse). Auch dass die G20-Gipfel wieder in den Städten stattfinden, steht für das symbolische Bemühen, der Legitimitätskrise neoliberaler Herrschaft entgegenzuwirken: die exklusiveren G8-Gipfel traute man sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten nur noch in abgelegenen Gebirgsregionen oder auf Inseln durchzuführen.

Der Preis für diese Breite ist aber hoch: die G20 haben das Problem, derart heterogen zu sein, dass verbindliche Beschlüssen und Absprachen schwierig zu erzielen sind. Entsprechend unbestimmt bleibt ihre Agenda. Völlig offen sind bisher die Auswirkungen der neuen US-Administration und ihrer Ablehnung von Freihandelsabkommen auf die Zukunft der G20.

### **Linke Kritik**

Aus linker Perspektive gibt es viel an den G20 zu kritisieren: Sie stehen für eine Politik der Bankenrettung durch den Steuerzahler, für eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben und für eine reine Wachstumsorientierung, in der die Klimaschutzziele ins Hintertreffen geraten. Menschenrechte und Meinungsfreiheit sind in vielen G20-Staaten eingeschränkt. Die Gipfel sind Ausdruck der herrschenden Weltordnung und Bühne für deren mächtigsten politischen Akteure. Ihre übergeordnete Aufgabe war und ist, den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in nur wenig angepasster Form fortzuführen.

Die G20 sind dabei zu einer zentralen Institution geworden, um das Überleben einer Weltordnung abzusichern, die die Ursache für Millionen Flüchtlinge, für ständige Umverteilung nach oben, für Umweltzerstörung und Kriege ist.

Aufgrund des heterogenen Charakters der G20 und ihre relativ unbestimmte Agenda eignen sie sich nur bedingt für eine spezifische Institutionenkritik, wie sie etwa bei G8-Gipfeln oder den Jahrestreffen von IWF und Weltbank Sinn machte. Zwar lassen sich auch konkrete Maßnahmen der G20 identifiziert und kritisieren. Aber da kaum Beschlüsse gefasst werden und die Agenda der G20 recht unbestimmt und uneinheitlich ist, wird auch die Kritik an den G20 notwendigerweise etwas unbestimmt bleiben.

Genau dies kann aus Perspektive der Gegenproteste aber auch eine Stärke sein, wenn es gelingt, die Proteste zu einem Kristallisationspunkt für das wachsende Unbehagen mit der neoliberalen Weltordnung, die verbreiteten Abstiegsängste, Ängste vor Klimawandel etc. zu machen und dieses Unbehagen von links aufzugreifen und mit solidarischen Antworten und einer antikapitalistischen Perspektive zu verknüpfen. Dafür sollte aber statt Institutionenkritik eher Kapitalismuskritik ins Zentrum gerückt werden.

Neben der Chance, allgemeine Kapitalismuskritik mit den G20-Protesten gerade auch im beginnenden Bundestagswahlkampf stark zu machen und die AfD thematisch zu schwächen, bietet sich ein Fokus der Kritik auf einzelne Akteure an. Trump hat sein Kommen nach

Hamburg angekündigt, und wird vermutlich zehntausende Gegendemonstranten anziehen. Gegen den Besuch Erdogans läuft eine umfassende Mobilisierung der kurdischen und linken türkischen Community in Europa an, der sich eine goldene Gelegenheit bietet, vor den Augen der Welt auf die Zustände in der Türkei aufmerksam zu machen. Von Putin über die saudischen Despoten und die brasilianische Putsch-Regierung bis zum rechtsnationalistischen indischen Ministerpräsidenten Modi verspricht der G20, ein gigantisches Schaulaufen der Unsympathen zu werden.

Trotzdem sollte sich eine linke Mobilisierung nicht auf mobilisierungsträchtige Personalisierungen beschränken, sondern zugleich die Wirkungsweise des diese Monster gebärenden Neoliberalismus thematisieren und Perspektiven einer Überwindung des Kapitalismus aufzeigen.

Absehbarerweise wird Merkel den Gipfel dafür zu nutzen versuchen, sich als Gewissen der liberalen Demokratie und als Fels der Vernunft in Mitten autoritärer Irrer zu inszenieren. Hier droht der Gipfelprotest in eine strategische Falle zu laufen, wenn die Protestierenden primär als Merkels nützliche Idioten vom Straßenstoßtrupp gegen Trump&Co wahrgenommen werden. Auch mögliche Ausschreitungen in Hamburg drohen Merkels Selbstinszenierung in die Hände zu spielen, wenn sie es ihr erlauben, sich zwischen rechtspopulistischen Regierungschefs und randalierenden Linksradikalen als letzte Bastion der Vernunft zu präsentieren.

Diese strategische Falle wird sich nur umgehen lassen, wenn es dem Gipfelprotest gelingt, die Breite der ihn tragenden Organisationen zu erhalten und sich inhaltlich sich sowohl gegen autoritäre Staatschefs wie gegen die neoliberale Politik von Bundesregierung und EU-Kommission zu richten und die deutsche Mitverantwortung am Elend der Welt bspw. durch Waffenexporte und Freihandelspolitik massiv zu thematisieren.

## **Die Gewaltfrage**

Als besondere Herausforderung für den Gipfelprotest könnte sich der Umgang mit möglicherweise zu erwartenden Ausschreitungen erweisen. Die Anschaffung von Panzerfahrzeugen durch die Hamburger Polizei und die Ausstattung ihrer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten mit Sturmgewehren deuten Vorbereitungen auf ein gewaltsames Vorgehen Seitens des Staates an. Der sich ankündigende polizeiliche Ausnahmezustand während des Gipfels dürfte nicht nur bei den für ihre Widerborstigkeit bekannten Anwohner der angrenzenden Stadtviertel, sondern auch von vielen anreisenden Demonstranten als Provokation empfunden werden. Hier gilt es für die LINKE, das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit gegen mögliche Einschränkungen politisch zu verteidigen.

Gleichzeitig gibt es auch auf der linken Seite kleine politische Spektren, die gewalttätige Proteste für eine erstrebenswerte und sinnvolle Form der Auseinandersetzung halten und bereits jetzt auf eine militante Mobilisierung zum G20 setzen. Es ist schwer abzusehen, welche Ausmaße derartige Protestformen in Hamburg haben werden.

Sollte es in Hamburg aber zu vergleichbaren Auseinandersetzungen wie in Genua 2001 beim letzten derartigen Gipfel in einer Metropole des europäischen Festlandes kommen, droht daran das die Proteste tragende Bündnis zu zerbrechen. Insbesondere auf die LINKE wird es dann massiven Druck durch Regierung und Medien geben, sich von den Protesten zu distanzieren. Hier ist ein kluger und gut vorbereiteter Umgang nötig. Die LINKE sollte immer wieder betonen: wer einen solchen Gipfel in eine Innenstadt – und dann noch in die unmittelbare Nachbarschaft von für ihre Widerständigkeit bekannten Stadtteile wie das Schanzen- und Karoiviertel – holt, trägt auch die Verantwortung für mögliche Eskalationen.

Die LINKE ist die einzige Partei, die von vornherein keine Gewalt in Hamburg wollte, und diesen Gipfel immer abgelehnt hat. Die eigentliche Gewalt geht von den G20 aus, die eine Weltordnung der Gewalt, des Krieges und des Elends für viele Millionen Menschen zementieren wollen. Es ist diese Gewalt der Herrschenden, die wir bei dem Gipfel durch große, laute und bunte Proteste thematisieren wollen.

Sollten die genannten strategischen Fallen gemeistert werden, stehen die Chancen gut, dass es beim G20-Gipfel gelingen wird, im hundertsten Jahr der Oktoberrevolution ein weltweit wahrnehmbares Zeichen antikapitalistischen Protestes in einer imperialistischen Metropole zu setzen.

Florian Wilde ist G20-Kampagnenreferent der Hamburger Bürgerschaftsfraktion der LINKEN.